

KNY-20-00896

Diss

DIE ORGANTHEORIE IM STEUERRECHT

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

einer hohen juristischen Fakultät

der Ruprecht-Karls-Universität zu Heidelberg

vorgelegt von

Karl-Hans Garke

aus Quedlinburg

5486-936

1934

Dissertationsdruckerei und Verlag Konrad Triltsch, Würzburg.

Referent:
Prof. Dr. *Karl Geiler*, Heidelberg.



KNY-20-00896

Diese Arbeit erscheint gleichzeitig im Verlag Konrad Triltsch,
Würzburg-Aumühle.

Gliederung des Themas.

	Seite
Einleitung: Die wechselseitigen Beziehungen zwischen Steuer und Wirtschaft	1
§ 1. Der Name „Organtheorie“	4
§ 2. Die historische Entwicklung der steuerrechtlichen Organtheorie	6
I. Auf Grund der Rechtsprechung des preußischen Oberverwaltungsgerichts in Staatssteuersachen	7
1. Erste Entwicklungsstufe: Abhängigkeit physischer Personen	7
2. Zweite Entwicklungsstufe: Abhängigkeit juristischer Personen	8
II. Auf Grund der Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes.	9
1. bei der Kohlensteuer	9
2. bei der Umsatzsteuer	10
3. bei der Körperschaftsteuer	10
4. bei der Vermögensteuer	11
5. bei der Kapitalverkehrsteuer	11
§ 3. Der Begriff und das Wesen der steuerlichen Organtheorie	13
I. Die Problemstellung	13
II. Die einzelnen Begriffsmerkmale	14
1. Die Organtheorie als die steuerrechtliche Anerkennung des Begriffes der wirtschaftlichen Abhängigkeit.	14
2. Abhängigkeit im Sinne von Subordination	15
3. Scheidung zwischen Form und Inhalt der Organgesellschaft je nach dem Zweck und der wirtschaftlichen Bedeutung des einzelnen Steuergesetzes	16
A. Erste Gruppe: Steuern, die an einen besonderen Rechtsvorgang anknüpfen:	17
a) Umsatzsteuer	17
b) Verbrauchsteuer	18
B. Zweite Gruppe: Steuern, die an die Besteuerung des Vermögens oder des Gewinnes anknüpfen	18
a) Die Gewinnsteuern	19
aa) Die Körperschaftsteuer	19
bb) Die Einkommensteuer	19
cc) Die Gewerbesteuer	20

	Seite
b) Die Vermögensteuern	20
aa) Die Vermögensteuer	20
bb) Die Kapitalverkehrsteuer	20
cc) Die Industriebelastung	21
dd) Die Grunderwerbsteuer	21
4. Erfordernis der juristischen Person als Form für Organgesellschaften	22
A. Physische Person oder ihr gleichgestellte Gesell- schaft als Herrschaftsperson	22
B. Physische Person oder ihr gleichgestellte Gesell- schaft als Organ	22
5. Die steuerliche Rechtsfähigkeit der Organgesellschaft.	23
6. Organtheorie und Schachtelprivileg	24
7. Die Unverzichtbarkeit der Organtheorie	27
8. Die Organtheorie als Zwecktheorie, indem sie Gewinn- verschiebungen korrigiert	29
III. Zusammenfassung der Ergebnisse	30
§ 4. Die theoretischen Lösungsversuche der steuerlichen Organ- theorie	31
I. Lösungsversuche durch Betrachtung der inneren Kon- struktion des Organverhältnisses	32
1. Die Definition von Haußmann	33
2. Der eigene Lösungsversuch	36
II. Lösungsversuche durch Betrachtung der wahren Gestalt der Organgesellschaft bei ihrem Auftreten in der allge- meinen Wirtschaftssphäre	39
1. Der Lösungsversuch von Hamburger	39
2. Die Filialtheorie	39
III. Lösungsversuche durch Betrachtung der von der Ober- u. Untergesellschaft gebildeten wirtschaftlichen Einheit.	40
1. Der Lösungsversuch von Geiler	40
2. Der Lösungsversuch von Friedländer	41
IV. Zusammenfassende Kritik der einzelnen Lösungsversuche	43
§ 5. Begriffsbestimmung der wirtschaftlichen Beherrschung und Abhängigkeit	44
I. Wirtschaftliche Rechtfertigung der Organgesellschaft . .	44
II. Die Beweggründe der Bildung von Organgesellschaften.	45
1. Motive, die in Richtung der Konzentration von Einzel- unternehmen liegen	46
2. Motive, die in Richtung der Dezentralisation eines Großunternehmens liegen	47
III. Die für das Vorliegen einer Organgesellschaft notwen- digen einzelnen Kriterien	47

	Seite
1. Die Abhängigkeit der juristischen Person	48
2. Finanzielle, wirtschaftliche und organisatorische Eingliederung der Organgesellschaft in die Obergesellschaft	49
a) Die organisatorische Eingliederung	49
b) Die finanzielle Eingliederung	50
c) Die wirtschaftliche Eingliederung	50
3. Die Frage der Eingliederungsmöglichkeit in die Obergesellschaft	56
§ 6. Die Anwendung der Organtheorie bei den einzelnen Steuerarten	57
I. Die Umsatzsteuer	58
A) Allgemeine Auswirkungen	60
Erster Fall: Eine Obergesellschaft beherrscht zwei Untergesellschaften	60
I Lieferungen	61
II Leistungen	62
III Frage der Steuerpflicht des Gesamtunternehmens	62
Zweiter Fall: Mehrere gleichgeordnete Gesellschaften beherrschen eine gemeinsame Organgesellschaft	62
I Lieferungen	63
II Leistungen	64
B. Einzelauswirkungen	66
1. Frage der Anwendbarkeit des Zwischenhandelsprivilegs	66
2. Die sogenannte Warenhaussteuer	67
3. Die sogenannte Großbetriebssteuer	67
4. Die Phasenpauschalierung	67
II. Die Verbrauchsteuern	67
1. Die Kohlensteuer	67
2. Die Weinsteuer	68
3. Die Schaumweinsteuer	68
4. Die Biersteuer	68
5. Die Leuchtmittelsteuer	69
III. Die Körperschaftsteuer	70
1. Die Organgesellschaft behält den vollen bei ihr und durch sie erzielten Gewinn	73
2. Der ganze Gewinn der Untergesellschaft ist an die Obergesellschaft abzuliefern	73
3. Der Organgesellschaft ist eine Vergütung für ihre Tätigkeit zugesichert	79

	Seite
IV. Die Einkommensteuer	84
1. Eine physische Person, Kommandit- oder offene Handelsgesellschaft ist von einer anderen physischen Person abhängig	85
2. Eine physische Person, Kommandit- oder offene Handelsgesellschaft ist von einer juristischen Person abhängig	86
3. Eine juristische Person ist von einer physischen Person, Kommandit- oder offenen Handelsgesellschaft abhängig	86
V. Die Gewerbesteuer	89
VI. Die Vermögensteuer	92
VII. Die Kapitalverkehrsteuer	95
VIII. Das Industriebelastungs- und Aufbringungsgesetz	99
IX. Die Grunderwerbsteuer	100
X. Besondere Steuerfragen	101
1. Die Steuerprivilegien der Unternehmungen der öffentlichen Hand	101
2. Umfang der Buch- und Betriebsprüfung	102
3. Der Ort der Leitung bei Organgesellschaften	103
4. Die Steuervollstreckung	103
5. Der Finanzausgleich	104
§ 7. Die Organtheorie im Verhältnis von inländischen und ausländischen Betrieben	105
I. Ausländische Obergesellschaft — inländische Unter- gesellschaft	106
II. Inländische Obergesellschaft — ausländische Unter- gesellschaft	109
III. Die internationale Behandlung des Problems der Organ- theorie	109
Schlußbetrachtung	110

Lebenslauf.

Ich, Karl-Hans Garke, bin als Sohn des Fabrikbesitzers Gustav Garke am 15. XI. 1908 in Quedlinburg a/Harz geboren. In Quedlinburg besuchte ich auch zuerst die Vorschule des Gymnasiums und später bis zur Quinta die Oberrealschule.

Im Herbst 1919 siedelten meine Eltern nach Magdeburg über, wo ich bis zum Abiturientenexamen das Domgymnasium, Abt. Reform-Realgymnasium besuchte.

Nach Ablegung der Reifeprüfung im Frühjahr 1928 entschloß ich mich zum Studium der Rechtswissenschaften und begab mich zu diesem Zwecke nach Heidelberg, wo ich vom Sommersemester 1928 bis zum Sommersemester 1930 Jura studierte. Im Anschluß an die Studienzeit in Heidelberg setzte ich mein Studium in Göttingen fort. Im Herbst 1931 meldete ich mich zur Ablegung des Referendarexamens, welches ich am 29. April 1932 am Oberlandesgericht in Celle bestand.

Nach meiner Ernennung zum Gerichtsreferendar trat ich sofort einen einjährigen Urlaub zwecks Anfertigung einer Doktorarbeit an. Ich begab mich zu diesem Zwecke nach Heidelberg, wo mir Herr Professor Dr. Geiler ein Doktor-Thema zur Bearbeitung zur Verfügung stellte. In dem laufenden Jahre widmete ich mich in Heidelberg und in Aachen (bei einem Industriekonzern) der Ausarbeitung meiner Doktorarbeit.

Im Januar 1933 trat ich sodann am Amtsgericht in Schönebeck, Elbe, meinen Referendardienst an. Ostern 1933 nahm ich jedoch einen abermaligen einjährigen Urlaub, der zur Zeit noch läuft, um mich einer kaufmännischen Ausbildung zu unterziehen. Ich besuchte einige Zeit eine Handelsschule und trat im Oktober 1933 als Assistent in ein Treuhand-, Steuer- und Wirtschaftsberatungs-Büro ein, in welchem ich zur Zeit noch tätig bin.

